

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

11.7.1861 (No. 161)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 11. Juli.

N. 161.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14, wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Das Programm der preussischen Fortschrittspartei.

Als vor einigen Wochen die vorgeschrittenste Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses ihr Programm für die bevorstehenden Wahlen veröffentlichte, haben wir dasselbe, namentlich die Art, wie es die gemeinsame deutsche Frage behandelt und betont, beifällig begrüßt. Jenes Programm hat seither von einem namhaften Theil der ihm befreundeten preussischen Presse zwar nicht eine Aenderung oder Andeutung, aber doch eine solche Anwendung erfahren, daß uns damit, wir sagen es mit aufrichtigem Bedauern, sein ursprünglicher großer und weiter Sinn nicht unerheblich beeinträchtigt scheint.

Der erste und fruchtbarste Gedanke des ursprünglichen Programms war der einer Einigung aller deutschen Staaten einschließlich Preussens zu einem Bundesstaat unter Führung der legitimen Monarchie. Wir geben diese Bevorzugung Preussens in Anerkennung der bestehenden realen Machtverhältnisse willig zu; sie findet, je mehr unser Volk politisch denken lernt, in immer weiteren Kreisen Zustimmung trotz aller Bedenken und Antipathien, welche von den Gegnern aus lauten und unlauteren Motiven dagegen nach gerufen werden. Wir fanden in der Erkenntnis und in dem männlich offenen Ausdruck, daß die deutsche Einigung auch für Preußen nicht bloß eine Frage des politischen Vorteils, gegen welchen die zu bringenden Opfer und das zu übernehmende Wagniß abzuwägen wären, sondern eine Lebensfrage für Größe und Existenz des Staats sei; wir fanden in diesem Bekenntnis das notwendige Vertrauen, ohne welches ein aufrichtiger Bund zwischen Preußen und den übrigen deutschen Staaten nie zu Stande kommen wird. Nur die Ueberzeugung des gegenseitigen Bedürfnisses ist stark genug, um die Gefahren und Opfer überwinden zu lassen, welche auf dem Wege deutscher Einigung liegen.

Wir finden diesen Alles entscheidenden Gedanken in der demokratischen Presse Preussens, welche das Programm „Jung-sithausens“ als das ihrige angenommen hat, auffallend wenig betont; sie verweilt mit entschiedener Vorliebe bei den nach Innen gerichteten Epigen des Programms, welche sie zu rein demokratischen, theilweise ziemlich abstrakten Doktrinen auszubilden bemüht ist. Wir können dieses Verfahren nicht billigen, und je unumwundener wir die Hoffnungen aussprechen, welche wir auf die preussische „Fortschrittspartei“ setzen und noch setzen, um so mehr halten wir uns für berechtigt wie verpflichtet, auch unsern Bedenken offenen Ausdruck zu geben.

Wie wir in unserm eignen Lande keineswegs gewonnen sind, der Arbeit für die leider noch immer nicht in greifbarer Nähe stehende deutsche Einigung alle Sorgen für unsere innere Entwicklung zu opfern, so verdienen wir natürlich auch den Preußen nicht die gleiche Umsicht. Eben so wenig darf aber die innere Arbeit in einer Weise in Angriff genommen werden, welche das große gemeinsame Werk gefährdet. Das ist aber unvermeidlich der Fall, wenn für die innere Entwicklung der in der Ausgleitung begriffenen Gegensatz zwischen konstitutionellen und Demokraten künstlich wieder zu voller Schärfe ausgebildet wird.

Wir wollen das Dasein und selbst eine gewisse innere Berechtigung jenes Gegensatzes nicht läugnen; er ist aber heute nur ein Unterschied des Grades, nicht der Art der politischen Gesinnung; und ihn zu pflegen und zu klarem Bewußtsein zu bringen, kann heute im staatlichen Leben so wenig einen Vor-

theil bringen, als jetzt das religiöse Leben durch Betonung der konfessionellen Gegensätze gewinnen kann. Die Strömung unserer Zeit ist demokratischen Einrichtungen günstig, demokratische Prinzipien haben in weitem Umfang in unsern politischen Institutionen Geltung und Anwendung gefunden, und man kann ohne Prophezeiung voraussetzen, daß sie in den nächsten Jahrzehenden noch mehr Terrain erobern werden. Wozu also heute künstlich und ohne Noth einen Gegensatz heraufbeschwören, der sich im Lauf weniger Jahrzehende von selbst und ohne Erschütterung ausgleichen wird? Er wäre künstlich gemacht, denn die Masse unseres Volkes ist seit der allseitigen Anerkennung und Sicherung der konstitutionellen Staatsform von dem richtigen Gefühl durchdrungen, daß es jetzt nicht auf eine Aenderung der Staatsform, deren Stabilität im Gegentheil vom größten Werthe ist, sondern auf deren Fällung mit dem richtigen Inhalt ankommt, eine Einsicht, welche zuerst und nachdrücklich hervorgehoben und verbreitet zu haben gerade der demokratischen Presse Preussens zu bleibendem Verdienst gereicht. Eine Parteilung zwischen Demokraten und konstitutionellen wäre heute zwecklos und selbst schädlich; sie lenkt die Aufmerksamkeit und die Energie des Volkes von dem Einen ab, was vor Allem noth thut; sie zerpflegt die Kräfte, welche gemeinsam nach gemeinsamen Zielen streben sollten; ja sie trägt sogar die Gefahr in sich, diese Kräfte, welche bei unbefangener Betrachtung der Verhältnisse sich als befreundete und verbündete gegenseitig anerkennen müssen, in brudermörderischem Kampfe gegen einander zu kehren.

Die Empfindung der bittersten Noth hat im Jahr 1859 die nationale Partei geboren, deren ersten Schöpfer und Führer aus beiden bis dahin getrennten Lagern der konstitutionellen und der Demokraten stammten. Das Fortbestehen, die wachsende Bedeutung, die hoffentlich schließlich Alles überwältigende moralische Macht dieser Partei ist bedingt nicht bloß durch die Niederkämpfung partikularistischer Selbstsucht, sondern eben so sehr durch das Opfer theoretischer Liebhabereien. Wenn die preussische „Fortschrittspartei“, vorzugsweise aus sog. Demokraten bestehend, die Ministeriellen aus ihrem allzu sehr diplomatisirenden, zu wenig von selbstbewußter Kraft getragenen Verhalten aufzustacheln, wenn sie dieselben zu wirklichem Handeln zu drängen sucht, so werden unsere aufrichtigsten Wünsche und die Hoffnungen des Vaterlandes sie begleiten. Wenn sie dagegen, ihr großes Ziel aus den Augen verlierend, kleinen Gewinn suchen sollte in der Durchsetzung dieser oder jener Konsequenz der abstrakten demokratischen Staatsidee, so müßten wir tief die für das große Ganze verlorene Kraft beklagen.

Wir halten die preussische Verfassung nicht für ein tadelloses Musterwerk. Wir haben z. B. schon früher anerkannt, daß sie im Herrenhaus nach dessen jetziger Zusammensetzung ein kaum zu überwindendes Hemmniß ebenso für die innere Entwicklung Preussens, wie für die Einigung Deutschlands enthält. Wir begreifen nicht bloß, wir billigen jede auf Korrektur dieser Verhältnisse gerichtete Anstrengung, welche nur, wenn sie ihr Ziel erreichen will, nie wird übersehen dürfen, daß, zumal in den östlichen Provinzen, eine mächtige Bodenaristokratie thatsächlich besteht, die bei der Organisation des Staates nicht ignoriert werden kann. Viel wäre schon gewonnen, wenn für den „alten“ Grundbesitz, statt 100, nur 30 Jahre gefordert würden. Dagegen können wir z. B. für eine Aenderung des Wahlsystems zur zweiten Kammer mindestens kein Bedürfnis, am wenigsten ein so dringendes aner-

kennen, daß seine rücksichtslose Verfolgung eine gegensätzliche Scheidung von der (konstitutionellen) Partei entschuldigen könnte, auf der aufrichtigen Verbindung, mit welcher die ganze Zukunft Deutschlands beruht.

Alle geschichtliche Erfahrung zeigt, daß politische Bestrebungen immer nur dann von Erfolg gekrönt waren, wenn alle Kraft auf einen Punkt konzentriert wurde; nichts ist schlimmer als die Bervielfältigung der Ziele; sie gehen dann alle verloren. Die nationale Einigung ist dringendes Bedürfnis, wie heiliges Anrecht unseres Volkes. Die gegenwärtige Lage fordert und erträgt keine andere Parteien als die nationale und die ihr gegenüber stehende partikularistische. Alle andern Parteimeinungen müssen sich diesem alles umfassenden Gegensatz unterordnen und können es thun, ohne sich selbst treulos zu werden. Der Partikularismus selbst ist der starke Konterpartikularismus; die deutsche Einigung ist der entscheidendste Fortschritt, ohne welchen jede partikularistische Eroberung politischen Freiheits ihres besten Werthes und ihrer Garantie entbehrt, nach welchem wir nirgends unübersteigliche Hindernisse für die zugleich politisch und individuell freieste Entwicklung unseres Volkes erblicken. Wir wollen so wenig ein spezifisch demokratisches, wie ein spezifisch konstitutionelles, wir wollen mit ganzer Hingebung nur ein rein nationales Programm.

Generalsynode.

* Karlsruhe, 9. Juli. S. 63. „Für jeden geistlichen und weltlichen Abgeordneten wird zugleich ein Ersatzmann gewählt, der eintritt, wenn der Abgeordnete die Wahl ablehnt oder austritt oder stirbt, oder wenn dessen Wahl für ungültig erklärt worden ist“, wurde in dieser Fassung von der Synode wiederhergestellt und angenommen. Die Kommission hatte das Institut des Ersatzmanns, weil die Wahlen der Ersatzmänner nicht mit derselben Ueberlegung wie diejenigen der Abgeordneten, sondern öfters aus Rücksichten der Konvenienz vorgenommen würden, so daß bisweilen Ersatzmänner mit einer der Richtung des Abgeordneten geradezu entgegengesetzten Richtung gewählt werden, gestrichen. In der Plenarsitzung schlugen die Erwägungen durch, daß es nicht rathsam sei, ein altes und bewährtes Institut ohne Grund aufzuheben, daß die Kosten durch nötig fallende Neuwahlen erheblich vermehrt würden und verschiedene Richtungen gerade nicht immer vom Uebel seien. So stellte man die ursprüngliche Fassung wieder her.

S. 64. „Das Verfahren bei der Wahl richtet sich nach den Vorschriften der Wahlordnung (Anlage 1). Die Synode entscheidet über die Gültigkeit der Wahl ihrer Mitglieder.“

S. 65. „Zum Eintritt in die Landessynode kann den Kirchenbeamten der Urlaub nicht verweigert werden. Für die Vertretung im Amte hat der Oberkirchenrath zu sorgen.“

S. 66. „Die Generalsynode versammelt sich alle 5 Jahre. Bei ihrer Berufung ist darauf zu achten, daß die Versammlungen mit denen des Landtags nicht zusammenfallen.“

S. 67. „Außerordentliche Synoden werden nach Ermessen des Kirchenregiments berufen.“

S. 68. „Für jede ordentliche Synode wird eine neue Wahl, beziehungsweise Erneuerung der Mitglieder vorgenommen. Für die außerordentlichen Synoden gelten die Wahlen und Ernennungen zu der letzten ordentlichen Synode.“

S. 69. „Die Einberufung der Synode geschieht durch den Großherzog.“

diesmal vergebens; ja, man bedauerte ihm, als er sich auf die erste Befreiung berief, er solle länger Weise die Sache beruhen lassen, sonst könnte es für ihn und Andere noch schlimmer, und Michel gar zu längerer Dienstzeit verurtheilt werden.

Daß auch Breneli den Verlauf mit ängstlicher Spannung verfolgte, läßt sich denken. Die Verhältnisse ihres Vaters hatten sich etwas gebessert. Das Jahr 1841 war zwar ein dürres und darum mageres Fruchtjahr geworden, aber der gute Wein hatte Geld in's Haus gebracht; der 1811er fand reichen Abzug und der Obermüller hatte sich mit einer namhaften Abschlagszahlung zufrieden gegeben.

„Ich weiß nicht“, sagte sie eines Tages zu Liebeth, welche schwach und krank darniederlag, „ich weiß nicht, ob ich recht froh darüber sein darf, daß auch der Michel fort muß.“

„Du hast Recht, Breneli, es geht mir selber so; er hat uns zwar Weiden viel Uebels gethan, aber vielleicht ist doch sein Vater mehr daran schuld, als er.“

„Es ist wahr, Mutter, daß der Müller den Johannes in's Unglück gebracht hat, aber der Michel, ich bin es jetzt überzeugt, will mich nicht aus reiner Liebe zur Frau, sondern aus Eigensinn, aus Rechts-haberei, aus unlauteren Absichten.“

„Warum das, mein Kind?“

„Tragt mich nichts Näheres darüber, Mutter; ich habe Dinge aus früherer und letzter Zeit über ihn erfahren, die mir beweisen, daß er ein schlechter Mensch ist, daß ich mit ihm niemals glücklich geworden wäre, daß er mich ferner betrogen hätte, wie er es bisher gethan hat.“

„Dann, Kind, darfst Du im Stillen die Fügung des Himmels preisen, der Dich noch zu rechter Zeit vor den bitteren Prüfungen bewahrte.“

„Und doch, Mutter, ist mir's, als sollte ich den lieben Herrgott bitten, daß er ihn nicht vergelte, was er an uns gethan hat.“

„Du bist eine fromme Tochter, der Himmel wird Deine Bitte erhören, wenn er ihn auch durch schwere Buße zum Bessern führt.“

(Fortsetzung folgt.)

** Breneli.

(Fortsetzung.)

II.

Das Jahr 1841 nahte seinem Ende. In dem Stubenwirthshaus saßen noch spät einige Schoppen Gäste beisammen. Die Spielkarten lagen unordentlich auf dem Tisch umher, und in der Mitte stand, mit Kreide gemalt, das bekannte Kreuz, an dessen Balken die Buchführung, das Soll und Haben der Spieler, verzeichnet war.

„Ja, ja, Friedl“, redete Einer der Anwesenden, das angetrunkene Schoppenglas dem Nachbar reichend, diesen an, „jetzt wird's wohl auch an Dich kommen, bist ja doch bei der letzten Ziehung auf kuriose Weise durchgeschlüpft.“

„Oho, Bartli, wo denkst Du hin? Wenn's an mich kommt, kommt's auch an des Müllers Michel, und der wird's schon machen. Er soll ja in sechs Wochen Hochzeit haben, und da darf er nicht Soldat werden.“

„Freilich nicht“, fiel ein Dritter ihm in's Wort; „aber, aber das Breneli hat ja noch immer nicht bestimmt Ja gesagt. Das Mädel hängt eben immer noch an der Liebeth ihrem Johannes, und will nicht glauben, daß er todt ist, bis sie's schriftlich hat mit Siegel und Unterschrift. Sie ist das halbe Mädel gegen früher nicht mehr, hat ihre rothen Beiden verloren und ihre frühere Heiterkeit; sie dauert mich in der Seele.“

„Auch ich möchte es ihr wohl gönnen“, sagte der vierte Mann, ein schwächling Würstlein von etwa 22 Jahren, „daß er wieder käme und sie von dem lieblichen Michel erlöste; denn ein leichtsinniger Gesell ist und bleibt der Michel doch, wenn er auch seinem Vater und dem Breneli zuliebe ein fromm Gesicht schneidet. Hat er doch erst vor kurzem wieder dem Kästli aus dem Rheinthal drinnen die Ehe versprochen und sie dann sitzen lassen, und wie? daß Gott erbarm! Der ist ein schlechter Kerl mit all' seinem Geld.“

„Wo Du meinst, Bartli, ich müßte Soldat werden! Ja, wenn diesmal wieder die Alten zusammenkämen in der Amtsstadt.“

„Warum nicht, Better Friedl; weist Du was Anderes?“

„Oh ich's weiß. Bin ich doch gestern erst drüben im Städtle gewesen und habe dort im Köfse hinter'm Schoppen allerhand sonderbare Neuigkeiten gehört, die auf'm Tapet sind.“

„Nun“, riefen alle Drei zusammen, „nun, welche? Heraus damit!“

„Das heißt, sie munkeln und drehen nur so davon; aber Etwas ist dran, so viel habe ich herausgehört. Der Herr Amtmann soll nicht sauber gewesen sein über's Nierenstück, und mit dem Doktor soll's auch nicht am besten stehen; bewegen seien in den letzten Jahren so manche Söhnchen reicher Leute frei, und so mancher arme Teufel Soldat geworden.“

„Oho, was Du sagst! Ja, dann könnt's freilich auch dem Michel noch klüßen, daß er das Soldatenklein anziehen müßte.“

„Es hat mir nie recht in den Kopf gewollt“, sagte der vierte Mann, „daß der Michel wegen früherer Körperleiden solle untauglich sein. Hab' ihn doch gekannt von Kindesbeinen an, und er war immer gesund wie der Fisch im Wasser; ein ganz anderer Kerl als ich.“

„Da hast Du Recht“, sagte Bartli, „aber dort sitzt eben der Hof' im Pfeffer; die Doktor können schreiben was sie wollen, unser einen fragen sie da nicht.“

„Loofet, was i euch will sage, O Glode het bist g'schlage...“

„Oha! Schon so weit!“

„Stubenwirth, ich hab' zwei Schöppli, und ich zwei, und ich drei! Der Friedl geht frei aus.“

„Nun, es soll Dir Glück bringen zum Loofen.“

„Dan! Schön, Bartli; wöllens hoffen.“

„Gute Nacht! Gute Nacht!“

III.

Wie die Dursche es vorhergesagt, so kam es. Der Krieg hatte die Mannschafft gelichtet; alte leichtfertige Befreiungen wurden näher untersucht. Alle neuen Verurtheilte, die der Obermüller machte, um den Sohn, welcher als Referent einberufen werden sollte, frei zu machen, waren

S. 70. „Die Synode wird durch einen öffentlichen Gottesdienst eingeleitet und geschlossen. Ihre Eröffnung geschieht durch einen Beauftragten des Großherzogs. Sie beginnt ihre Arbeiten mit der Prüfung der Vollmachten der Abgeordneten“, werden ohne Diskussion angenommen.

S. 71. „Die einzelnen Verhandlungen der Synode sind mit Gebet einzuleiten und zu beschließen“, erhält nach dem Kommissionsantrag die Bestimmung, daß anstatt der unter den geistlichen Mitgliedern nach jegiger Uebung abwechselnden Gebete ständige Gebete eingeführt werden sollen, welche entweder von den Schriftführern oder dem Prälaten zu sprechen wären.

S. 72. „Die Synode wählt nach ihrer Eröffnung in geheimer Stimmgebung aus ihrer Mitte einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten, und überdies ihre Schriftführer. Bis die Wahl vollzogen ist, führt das älteste Mitglied den Vorsitz und übernehmen die jüngsten Mitglieder die Schriftführung.“ Der von der Minderheit ausgegangene, aber auch sonst unterstützte Antrag: „Der Großherzog erwählt den Präsidenten; den Vizepräsidenten erwählt die Synode selbst“, begründet aus dem Gesichtspunkt der Ordnung und Freiheit, fand die Zustimmung der Synode nicht, weil die Selbstwahlung des Präsidenten ein schönes Vorrecht einer solchen Versammlung sei und die Synode durch Zurückweisung dieser hochherzig angebotenen Gabe sich selbst ein Armuthszeugniß ausstellen würde.

S. 73. „Beim Eintritt in die Synode hat jedes Mitglied folgende feierliche Versicherung abzugeben: „Ich gelobe vor Gott, bei meinem Wirken in der Synode die bestehende Ordnung der vereinigt evangel.-protest. Kirche des Landes zu wahren und, so viel Gott Gnade gibt, dahin mitzuwirken, daß die Kirche in allen Stücken wachse an Dem, der das Haupt ist, Christus.“ Dieses Gelöbniß wird bei der Eröffnung von dem großh. Bevollmächtigten abgenommen.“

S. 74. „Jedes Mitglied der Synode ist Vertreter der ganzen vereinigt evang.-protest. Landeskirche und an Aufträge und Vorschriften nicht gebunden, vielmehr verpflichtet, nach eigener Ueberzeugung seine Stimme abzugeben“, werden ohne Diskussion angenommen.

S. 75. „Die Synode ist beschlußfähig, wenn wenigstens $\frac{2}{3}$ der Mitglieder anwesend sind.“ Ein Antrag auf $\frac{3}{4}$, um Parteilichkeit auszuschließen und den Beschlüssen das Vertrauen zu sichern, wird abgelehnt und der Paragraph ebenfalls unverändert angenommen. (Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

***Karlsruhe**, 9. Juli. Ihre Großh. Hoheit die Frau Markgräfin von Baden mit Ihren Großh. Hoheiten den Prinzessinnen Elisabeth und Leopoldine sind heute zu einem längeren Aufenthalt nach Rothenfels im Murgthal von hier abgereist.

***Karlsruhe**, 10. Juli. Es ist schon erwähnt worden, daß bei dem Festmahle im Museumsaal am letzten Sonntag verschiedene Toaste ausgebracht wurden, die alle den wärmsten Anklang fanden. Von besonders zündender Wirkung war die nach Form und Inhalt gleich bedeutungsvolle Erwiderrungsrede, welche der Präsident des Ministeriums des Innern, Hr. Geh. Rath Lamey, auf den Toast auf das großh. Staatsministerium hielt. Sofort gab sich bei der Gesellschaft ganz allgemein der Wunsch zu erkennen, daß die so eben gehörten Worte nicht in dem Saal verhallen möchten. Wir freuen uns, in Folge dessen in den Stand gesetzt worden zu sein, die Rede im Nachfolgenden vollständig mittheilen zu können. Sie lautet:

Hochverehrte Freunde! Der letzte Trinkspruch, welchen ein geschätzter Redner ausgebracht, hat den Männern gegolten, welche unser erlauchter Landesherr an die Spitze der Ministerien gestellt hat. Sie haben diesem Trinkspruch Ihre lebhafteste Zustimmung geschenkt. Wir sagen Ihnen Allen dafür unser herzlichsten Dank. Der verehrte Redner, welcher ihn ausbrachte, hat aber diesen Männern so viel des Lobes geäußert, daß ich für meinen Theil, ohne den Wirkungen der Bescheidenheit bei meinen Genossen im Rath der Krone vorzuziehen zu wollen, erklären zu müssen glaube, daß seine Worte weit über unser Verdienst hinausgehen.

Ich könnte vielleicht sagen, daß der Beifall, welchen Sie dem auf uns gebrachten Trinkspruch geschenkt haben, für uns besonders im gegenwärtigen Augenblick ermunternd und wohlthuend sein müsse, in welchem die Regierung von gewisser Seite her steten und schweren Angriffen ausgesetzt ist, die in den jüngsten Tagen, Sie wissen es Alle, sich in besonders eigenthümlicher Weise wiederholten. Allein ich würde diesen Gegnern zu viel Ehre anthun, wenn ich sagen wollte, daß wir das Bedürfnis einer Rechtfertigung durch Ihre herzliche Zustimmung zu dem Trinkspruch gefühlt hätten. Die Mittel bei diesen Angriffen sind Lüge und Verläumdung gewesen. Allein diese Mittel können nur gefährlich werden, wenn sie heimlich und aus sicherem Versteck wirken, nicht wenn sie öffentlich und am hellen Tage auftreten. Das können sie nur zur eigenen Schande und zum eigenen Verderben thun. Das Mittel sind Drohungen gewesen. Allein Drohungen sind nur besorgniß-erregend, wenn sie der mit den Kräften zu ihrer Verwirklichung ausgerüstete Mächtige dem Schwachen gegenüber macht; sie erregen ein anderes Gefühl, wenn sie der Schwache dem Mächtigen zusetzt.

Ich darf annehmen, daß der Trinkspruch nicht bloß unserer Stellung, sondern eben so sehr den Grundsätzen, die wir vertreten, gilt. Zwar die bairische Regierung war zu allen Zeiten dem Fortschritte zugethan, die Verwaltung war gewissenhaft und sparsam, milde und human. Ich muß es laut aussprechen, wir ernten noch vielfach von den Verdiensten unserer Vorfahren im Amte. Aber das dormalige Ministerium ist nicht auf dem einfachen Wege der gewöhnlichen Erbschaft in das Amt getreten, es ist durch die Weisheit Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs berufen worden in Folge und zur Ausgleichung einer konstitutionellen Krise, und diese Art seiner Entstehung muß ihm einen bestimmt ausgedrückten Charakter, ein eigenes Pro-

gramm geben. Und es hat ein solches. Es huldigt einem großen und folgereichen Grundsatz, dem Grundsatz, offen und rückhaltlos einzutreten für alle Forderungen einer neuen und neugeborenen Zeit, und sie mit Entschiedenheit, mit Umsicht und weiser Mäßigung ins Leben zu führen. Wir huldigen diesem Grundsatz in den nationalen Fragen. Man hat von uns behauptet, daß wir gothaisch, nationalvereinlich, oder gar demokratisch seien. Nein, wir sind das, was man uns gerade nicht nachsagt, wir sind partikularistisch. Wir lieben unsere schöne Heimath, wir wollen sie als lebensfrisches Gemeinwesen unter ihrem erlauchtem Fürstenthume erhalten. Wir sind freilich nicht partikularistisch in dem Sinn, daß wir unsern großen deutschen Vaterland das Herzblut entziehen wollen in der verkehrten Meinung, daß wir mit demselben unser Gedeihen, das Wohlbefinden des Theils durch das Siechtum des Ganzen fördern könnten. Wir wollen vielmehr Sorge tragen, daß ein frisches und lebendiges Blut in dem Herzschlage des großen Vaterlandes pulsiere, überzeugt, daß dann den einzelnen Theilen das kräftigste Leben und Wohlbefinden von dort aus zuströmt.

Wir sind in kirchlichen Dingen ultramontan und ultrarothodox. Sie wollen es mir nicht glauben, meine Herren, und doch ist es so. Wir haben im Oktober des vorigen Jahres eine kirchliche Geseggebung zu Stande gebracht, wahrhaftig, der beste Ultramontan, der strengste protestantische Kirchenmann hätte sie nicht besser wünschen können. Aber freilich, etwas ist noch in diesem Gesetze enthalten, auf das wir stolz sind, es ist das gleiche Maß des Rechts für Alle. Wenn das der Grund ist, weshalb die ultrakirchlichen Parteien mit dem Gesetze unzufrieden sind, dann unterscheiden wir uns freilich wesentlich von ihnen. Aber dann dürfen wir doch sagen, daß wir in diesem Gesetze für die guten und ehrlichen Katholiken gut katholisch, für die Protestanten gut protestantisch sind, denn diese werden nicht mehr wollen, als ein für Alle gerechtes und freies Gesetz.

Und dies kirchliche Gesetz ist zugleich für andere innere Fragen der Geseggebung der lebendige Ausdruck unseres Grundsatzes; es bricht die Bahn für alle künftigen Arbeiten. Aber weil wir doch heute ein Eisenbahn-Fest feiern, so muß ich bemerken, daß Das, was wir zu thun haben, nicht darin besteht, daß wir auf fertiger Eisenbahn mit brausender Lokomotive in Sturmeschnelle dahinsahren; nein, wir haben langsam, mühevoll, mit kluger Berechnung erst den Bahndamm zu bauen. Und da ist noch mancher lange Tunnel zu brechen, mancher hohe Damm aufzufüllen, mancher Brücke zu bauen, ehe wir dahin gelangen, daß in unserer auf alter Basis beruhenden Geseggebung die neuen Bahnen eingezeichnet und beschriftet sind.

Aber wir hoffen auf ein Gelingen. Wir haben vor uns ein blühendes, reizendes Land mit einer Bevölkerung, auf deren offenes, biedern und intelligenten Sinn wir vertrauen dürfen. Wir dürfen Vertrauen setzen in ihre Treue gegen das erlauchte Fürstenthum, welchem Gott die Regierung über dieses schöne Land übertragen hat. Warum sollten wir auch dieses Vertrauen nicht haben, da wir in den Herzen aller Badener der Ueberzeugung sicher sind, daß kein Fürst oder Herrscher, aus welchem Rechte er seine Gewalt auch ableite, einen so wohlworbunden und begründeten Anspruch auf unverbrüchliche Treue und Liebe besitzen kann, als dieses bei unserm erhabenen Fürsten der Fall ist.

Wir vertrauen auf den biedern und intelligenten Sinn unseres Volkes, das in jeder gewährten Freiheit nur das Mittel finden wird, seine Kräfte selbstthätig und zum Heil des Ganzen zu regen. Wir glauben, daß der Besitz derselben um so lebhafter das Bewußtsein erregen und fruchtbar machen wird, daß jede Freiheit ihre Beschränkung finden muß, und daß dann allein, wenn wir mit weisem Sinn und diese Schranken selbst setzen, ein vernünftiger Gebrauch der Freiheit möglich und eine Dauer derselben denkbar ist. Wir vertrauen auf die nationale Gesinnung unseres Volkes, die dasselbe stets in hervorragender Weise erprobt hat. Die Kraft und Stärke dieser Gesinnung ist ein für alle Zeiten stehendes Stern gewesen, den wir aus der Nacht schwerer und beklagenswerther Verirrungen, welche für immer vergessen sein mögen, noch hoffnungsvoll strahlen sahen. Ja, wir dürfen es wohl aussprechen, daß mit diesem, Deutschland, unser theures Vaterland liegend und frei von Egoismus umfassenden Sinne Badens erlauchter Fürst und sein Volk ein leuchtendes Beispiel unter den Brüdervölkern ist.

Ich bitte Sie, mit mir auf das Wohl unseres theuern Heimathlandes zu trinken. Baden und sein treues Volk leben hoch!

***Karlsruhe**, 10. Juli. (Generalsynode.) Donnerstag 11. Juli, Morgens 9 Uhr. Öffentliche Sitzung. Tagesordnung: Verwaltung der kirchlichen Fonds. Kartenabgabe wie gewöhnlich.

***Baden**, 10. Juli. So eben ist Seine Majestät der König von Preußen zu einem mehrtägigen Aufenthalt dahier eingetroffen. Ihre Königl. Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin in Begleitung Sr. Königl. Hoheit des Erbgroßherzogs hatten sich am Bahnhofe zur Begrüßung eingefunden und geleiteten Se. Majestät zur Königin. Jeder weitere offizielle Empfang war von dem hohen Reisenden verboten worden, und somit auf dem ganzen Wege wie in Baden selbst unterblieben.

Badenweiler, 8. Juli. (Frdgr. Ztg.) Gestern und heute sind zwei Fremdenblätter Nr. 10 und 11 ausgegeben worden. Nach dem ersten ist die Frequenz unseres Kurortes auf 1015 Personen angehtien; in dem zweiten, welches die Liste aller gegenwärtig sich hier befindenden Fremden enthält, sind 400 Kurgäste namentlich genannt. Sind darunter zur Zeit auch keine fürstlichen Personen aufgeführt, so sind doch alle übrigen Stände vertreten, und Süd- und Norddeutschland, Frankreich, die Schweiz u. haben uns Gäste gesendet.

± **Waldsbut**, 9. Juli. In unserer Nähe hat sich gestern ein erschütternder Unglücksfall ereignet. Ungefähr 30 Personen wollten auf einem Schiff nahe bei der Einmündung der Aar in den Rhein über die erste setzen, um den

Wochenmarkt zu Jurzach zu besuchen. Auch etwa 20 Stück Vieh waren im Schiff. Dasselbe war offenbar überladen, und als in Folge dessen das Seil brach, faßte es Wasser und wurde von dem Strom fortgerissen. Von 8 Personen wird berichtet, daß sie in den Fluthen verschwunden und ertrunken sind. Einem hiesigen Schiffer, der zur Hilfe eilte, gelang es, 18 Personen zu retten und an das diesseitige Rheinufer zu bringen. Das Schiff wurde von dem Strom fortgetrieben und nebst einer Fährre und 3 Stück Vieh zu Dogern gelandet. Die Schiffbrüchigen sind Schweizer.

Kassel, 7. Juli. (Fr. Z.) Die noch in letzter Stunde beschlossene Auflösung der Zweiten Kammer hat ihren Grund darin, daß wenigstens der Schein einer Nachgiebigkeit den Ständen gegenüber vermieden werden sollte. Die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit des Zurückgehens auf die Verfassung von 1831 besteht nach wie vor bei dem Kurfürsten und dem Ministerium; man will den Bund die Initiative ergreifen lassen, um so diesen für den ganzen Verlauf der Verfassungsfrage verantwortlich zu erhalten. Bei der bestimmten Aussicht auf das Zurückkommen zur Verfassung von 1831 auf diesem Weg ist auch die Stellung eines Antrags in der Ersten Kammer auf Herstellung derselben, wie wir bestimmt versichern, unterblieben.

Kassel, 7. Juli. (N. K.) Die Adresse an den Kurfürsten, welche der Verfassungsausschuß der Zweiten Kammer im Entwurf bereits zum Vortrag vorgelesen hatte, deren Berathung und Annahme aber durch die Auflösung der Kammer verhindert wurde, lautet in ihren wesentlichen Bestandtheilen:

Dreißig Jahre sind verflossen, seit Ew. Königl. Hoheit Herr Vater, Kurfürst Wilhelm II., im vollen Einverständnis mit den Ständen die Verfassungsurkunde von 5. Januar 1831 mit dem herzlichsten Wunsche verhängte, daß dieselbe als festes Denkmal der Eintracht zwischen Fürst und Unterthanen noch in späten Jahrhunderten bestehen und deren Inhalt sowohl die Staatsregierung in ihrer wohlthätigen Wirksamkeit unterstützen, als dem Volk die Bewahrung seiner bürgerlichen Freiheiten sichern und dem gesammten Vaterland eine lange, segensreiche Zukunft verbürgen möge. Seit einem Jahrzehnd ist aber die Verfassungsurkunde mit den dazu gehörigen späteren Gesetzen inhaltlich außer Wirksamkeit gesetzt worden. Wir wollen nicht untersuchen, von welcher Art die Ereignisse und Bestrebungen gewesen sind, welche einen solchen Zustand möglich machen konnten; das aber müssen wir Ew. Königl. Hoheit bekennen, daß nach unserer festen Ueberzeugung keine rechtmäßige rechtmäßige Aufhebung der Landesverfassung stattgefunden hat, und daß diese also mit allen verfassungsmäßig erlassenen und verfassungsmäßig nicht wieder aufgehobenen Gesetzen noch fortwährend zu Recht besteht.

Es hiernach das Land nach strengem Recht bezeugt, die Herstellung des alten Verfassungszustandes zu erwarten, so besetzt auch noch andere Gründe, welche eine baldige Rückkehr zum antañstehenden Rechtsboden auf uns dringende erscheinen. Wir dürfen nicht unterstellen, daß Ew. Königl. Hoheit von der Stimmung und den Zuständen im Lande vollständig unterrichtet seien. Gestatten Allerhöchstdieselben deshalb, daß wir auch in dieser Hinsicht unsere wahre Herzensmeinung offen aussprechen. So versichern wir denn, daß die Unzufriedenheit groß und die laute Klage allgemein ist. Wollen wir nun auch gern zugestehen, daß zahlreiche Mißstände nicht unmittelbar mit der Verfassungsangelegenheit zusammenhängen, so ist es doch Thatsache, daß seit 1831 die Bevölkerung insbesondere durch Auswanderung abgenommen hat, daß sich die Arbeitskräfte mehr und mehr außer Landes ziehen, daß Handel und Gewerbe entweder darniederliegen oder doch gegen andere, an sich nicht günstiger gestellte deutsche Länder zurückgeblieben sind, daß auswärtig ein unbesiegbares Mißtrauen gegen die künftigen Zustände sich festgesetzt hat, und daß im Lande selbst der Glaube an eine wohlwollende Regierungswiese, das Vertrauen auf Rechtspflege und Rechtserhaltung zum äußersten erschüttert und das rechtliche und sittliche Bewußtsein des Volkes auf's tiefste verletzt ist. Welche Gefahren für eine ruhige Entwicklung des Landeswohls mit solchen Zuständen verbunden sind, brauchen wir Ew. Königl. Hoheit nicht näher darzulegen. Wir begnügen uns mit der Versicherung, daß wir das ungetrennte Wohl des Landesherren und des Vaterlandes für schwer bedroht halten, wenn nicht bald die gründliche und umfassendste Abhilfe erfolgt. Eine solche Abhilfe ist aber nur dadurch möglich, daß die gesetzlich vereinbarte, feierlich verkündigte, beschworene, allgemein anerkannte Staatsverfassung von 1831 wieder in Wirksamkeit gesetzt wird.

Allerhöchstdieser Kurfürst, wir beschwören Sie, verschieben Sie eine solche Entschlieung nicht länger! Ew. Königl. Hoheit Berechtigung dazu als souveränen Fürsten kann nicht bestritten werden. Verschreiten Sie daher ungelähmt den Weg der Verständigung mit den rechtmäßigen Landesvertretern! Wir selbst sind solche Vertreter nicht, obwohl Allerhöchstdieser Regierung uns dafür ansieht; wir dürfen uns auf keine Landtagsgeschäfte einlassen und können keine Zugeständnisse und Zusicherungen machen; allein wir glauben die feste Ueberzeugung aussprechen zu sollen, daß eine verfassungsmäßige Ständeversammlung die möglichste Bereitwilligkeit bezeugen wird, nothwendige oder zweckmäßige Aenderungen an der Landesverfassung mit Einschluß des Wahlgesetzes in verfassungsmäßiger Weise herbeizuführen. . .

Allerhöchstdieser Kurfürst und Herr! Nach unserer festen Ueberzeugung ist dies der einzige Weg, auf welchem der Friede, der lang- und schmerzlich entbehrte Friede des Landes wieder gewonnen werden kann. Müßten wir nach der Individualität der in den Rath Ew. Königl. Hoheit berufenen Männer befürchten, daß diese Allerhöchstdieselben von einer geringeren, heilbringenden Entschlieung abzuhalten suchen, so legen wir es Ew. Königl. Hoheit an's Herz, zu prüfen, ob Allerhöchstdieselben darin einen treuen, aufrichtigen, ungetragenen, einen guten Rath finden dürfen. Hoffen Ew. Königl. Hoheit Vertrauen zum Lande, das seine Treue in viel schwierigeren Zeiten bewährt hat, und Allerhöchstdieselben werden noch glücklichen Zeiten entgegengehen. Möge Gott Ihr Herz lenken zu weisem Entschlusse.

Berlin, 8. Juli. Wir haben bereits kurz zweier preussischen Noten in der kurheffischen Angelegenheit vom 22. März und 10. April gedacht, welche die Erlasse des Grafen Rechberg beantworteten. Die Note vom 10. April beginnt damit, daß die Entschlieungen des Kurfürsten die Rechberg'schen Mittheilungen vom 4. und vom 31. März schon überholt hätten, und daß die Wahl nach dem Wahlgesetz von 1860 ausgeschrieben worden sei. Im weitem Verlauf der Angelegenheit erwartet Hr. v. Schleinitz noch Gelegenheit zur Einwirkung auf den Hof in Kassel und hält es

für selbstverständlich, daß die Rathschläge des österreichischen Kabinetts nach wie vor nur in dem Sinne der mehrerwähnten Mittheilungen vom 4. und 31. März gegeben werden können. Die Note schließt: „Wenn der Hr. Vertreter des kaiserl. Kabinetts in Kassel sich im Sinne des Erlasses vom 31. März c. ausspricht, so darf ich hoffen, daß seine Rathschläge im praktischen Erfolge mit den unsrigen zusammenzutreffen; und wenn ein solches Ziel erreicht wird, so erkenne ich in vollem Maße und mit aufrichtiger Genugthuung an, wie sehr dasselbe dem wohlmeinenden Entgegenkommen des Hrn. Grafen v. Rechberg zu verdanken ist.“ Es erübrigt nun noch die sogenannte preussische „Drohnote“, welche, wenn wir nicht irren, das Datum vom 6. Juni trägt.

Wie die „Berl. Montags-Ztg.“ wissen will, ist der Appellationsgerichtsrath Johow aus Posen auf Empfehlung des Justizministers v. Varnuth zum Redakteur der „Allg. Preuss. Ztg.“ ernannt worden. — Die Genesung des Stadtgerichtsraths Twesfen schreitet in erfreulicher Weise vor. Derselbe hat bereits einmal ausfahren dürfen. — Eine Privatdepesche aus Petersburg, 5. Juli, berichtet, der Finanzminister beschäufte sich mit der Vorbereitung einer Reform der Grundsteuer, die, wenn der Kaiser sie sanktionirt, allen Verlegenheiten der Staatsfinanzen mit einem Schlage ein Ende machen werde.

Gottha, 7. Juli. (A. Z.) Die Anzahl der Städte, aus denen sich Deputationen dortiger Schießgesellschaften zum morgigen beginnenden deutschen Schützenfest anmeldeten, beträgt 140, die Zahl der eintreffenden Schützen beläuft sich über 800, die der Turner aus 20 thüringischen Städten mit einigen auswärtigen Gästen auf 500. Es hat Wähe gefest, aber sie werden sämtlich gastlich untergebracht. Nahe an 300 Ehrenpreise sind geschenkt worden; die werthvollsten sind die des Prinzen Albert, des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Preußen, der Frauen Gottha's, der Schützen Hamburgs. Seit gestern prangt die Stadt in vollem Festschmuck, und die Quartiermacher der Königsberger i. Pr., der Breslauer und Kölner waren die ersten, welche durch die Ehrenportien einzogen. Heute fällt sich bei günstigem Wetter die Stadt mit Schützenuniformen. In derselben wogen die Farben Koburg-Gotha's, Thüringens, Preußens, Badens, Hamburgs, Schleswig-Holsteins und andere. Ueber alle erhebt sich die schwarz-roth-goldene Fahne. Vor dem Schießhause ragt eine staltliche Ehrenportie mit den Wappen sämtlicher Bundesstaaten, zu oberst die österreichische, die preussische und die deutsche Fahne. Unter ihnen wird der Herzog Ernst von Koburg-Gotha die Gäste empfangen. Eine „Schützenzeitung“ will dem Verlauf des Festes genau folgen.

Dresden, 8. Juli. (Dr. Z.) Die Zweite Kammer beschloß heute, die Beschwerden, bez. Petition, aus Leipzig wegen Anfernung einer neuen Religionsgesellschaft (apostolische Gemeinde) auf sich beruhen zu lassen. — Vergangenen Sonnabend fand in Folge Aufrufs des Barons v. Künzberg eine Versammlung statt, welche die Gründung einer deutschen Kanonenboot-Flottille zum Schutze der deutschen Nordseeflächen in Beratung nahm. Die Versammlung war einverstanden mit der Idee des Hrn. Kapitäns Braa, daß die Binnenländer, namentlich auch Sachsen, mit eigener Hand Kanonenboote bauen und auf ihren Flüssen der Nordsee zuführen sollten. Es wurde demzufolge ein Aufruf dieser Art an das sächsische Volk beschloffen, welcher in kurzem erscheinen wird.

Wien, 8. Juli. Bekanntlich wird der Kaiser seine Antwort auf die ungarische Adresse dem Pesther Landtag direkt eröffnen lassen. Ein Korrespondent der „Südd. Ztg.“ glaubt bereits einiges Nähere über den Charakter und Inhalt der kaiserl. Antwort mittheilen zu können. Dieses neue Reskript — sagt er —, dessen Skizze aus der Feder des Oberlandesgerichtsraths Vertaler bereits vor einigen Tagen vollendet sein soll, wird dem Vernehmen nach in der Form sehr milde gehalten sein und einige der wesentlichsten Punkte der Deakischen Adresse, namentlich aber dessen Beweisführung zu Gunsten der Personalunion widerlegen. Ferner soll sie darthun, daß der Standpunkt von 1848, welchen die Adresse bekanntlich eben so scharf einhält, wie die Resolution der Beschlußpartei, weder den zwischen der Regierung und Ungarn bestehenden Verträgen, dem historischen Rechte, noch den gegebenen positiven politischen Verhältnissen gemäß sei. Es soll weiter darauf hingewiesen werden, daß man sich nicht in Unterhandlungen einlassen könne mit Jemanden, der das Maximum der möglichen Forderungen als die erste Grundbedingung weiterer Negotiationen gleich von vornherein zugestanden wissen will; und daß zur Erzielung einer Verständigung, welche im höchsten Grade wünschenswerth sei und von Wien aus eifrig angestrebt werde, die Aufstellung einer andern Basis notwendig wäre. Hier in Wien sei man geneigt, auch durch weitere Konzessionen die Hand zur Verständigung zu bieten, vorausgesetzt, daß man die ohnehin durch Aufstellung eines engeren und eines weiteren Reichsraths für Ungarn und dessen Nebenländer sehr weit gezogenen Linien der Februarverfassung einzuhalten auch jenseits der Leitha bereit wäre. Eine nähere Detailirung des Ausgleichsvorschlags dürfte sich in dem zu erwartenden Reskripte kaum vorfinden, sondern dieselbe durch die Vermittlung der Hofkanzlei den Führern im Landtage mündlich mitgetheilt werden. Es sind von Seite der Hofkanzlei selbst gegenwärtig zwei Projekte aufgestellt, von denen übrigens noch keines adoptirt wurde. Das eine ist von dem Grafen Szecsen, welches wenigstens die altkonservative Partei in Ungarn befriedigen würde, hier aber bisher nur in der Koterie Clam-Martiniß eine parlamentarische Stütze fand. Ein anderes Projekt des Baron Bay dürfte höchst wahrscheinlich mehr Anklang finden, weil es für alle Parteien und alle Ansichten Thür und Thor offen läßt. Dasselbe geht dahin, daß Deputationen des „engern“ Reichsraths und des Pesther Landtags mit einander in unmittelbare Beziehung treten und die Modalitäten einer Verständigung aufsuchen sollen. Dieser Vorschlag wird nur infolge der prinzipiellen Gegner stoßen, als man hier im Interesse der Kompetenzklärung des Reichs-

raths möglichst bald einen definitiven Schritt herbeiführen möchte.

Ueber das Befinden der Kaiserin erfährt man, daß es sich täglich befriedigender gestaltet. Die Sympathien für die hohe Frau geben sich in Korfu in jeder nur erdenklichen Weise kund. Der Lord-Oberkommissär hat die Salven, die vom Kastell und von der See aus am Morgen und am Abend abgefeuert wurden, einstellen lassen, um Ihre Majestät nicht zu stören. — Der k. k. Botschafter in Paris, Fürst Metternich, hat einen vierwöchentlichen Urlaub erhalten, wird Ende d. M. in Wien eintreffen und sodann auf einige Zeit nach Königswart sich begeben.

Wien, 10. Juli. (Fest. Bl.) Die „Wiener Zeitung“ theilt mit: Oberhofmarschall Graf Kuefstein ist zum Vizepräsidenten des Herrenhauses für die dermalige Session ernannt worden.

Triest, 6. Juli. Der „Triest. Ztg.“ wird gemeldet: Der Fürst von Montenegro habe den Marco Andreno erschießen lassen und den Kapitän von Glochudale des Landes verwiesen.

Schweiz.
Bern, 10. Juli. (Sch. M.) Die Bundesversammlung wählte heute zum Bundespräsidenten für 1862 Hrn. Stämpfli mit 94 von 126, zum Vizepräsidenten Furrer mit 71 von 129 Stimmen. Präsident des Bundesgerichts wird Appeli, Vizepräsidenten Blösch. Gestern wurde die Motion, Altschultheiß Siegwart zu amnestiren, mit 53 gegen 25 Stimmen abermals verworfen.

Italien.
Turin, 8. Juli. Der Syndikus von Turin hat einen vom Lord-Mayor unterzeichneten Brief von London erhalten, welcher die Liste einer rein englischen Subskription für das Cavour-Denkmal enthält. Unter den Subskribenten bemerkt man: Lord Palmerston, Lord John Russell und andere Minister, sowie die Hauptmitglieder des Adels, der Geistlichkeit und des Parlaments, ferner Bankiers, Land- und Seeoffiziere, Gelehrte und Künstler.

Turin, 9. Juli. (Fest. Bl.) Die heutige „Lombardo“ meldet: Desferreich habe den in Mähren, Böhmen und Steiermark internirten Venetianern erlaubt, in ihre Heimath zurückzukehren.

Frankreich.
Paris, 9. Juli. Graf Walewski soll diesen Abend nach Bichy abreisen und mehrere Tage bei dem Kaiser bleiben. Auch Herzog v. Gramont begibt sich heute dahin. Hr. Thouvenel verläßt morgen Paris, und das „Pays“ glaubt nicht, daß vor seiner Zurückkunft der Name des neuen Abgeordneten für Turin bekannt sein wird. — Das „Pays“ bezweifelt sehr das Gerücht, daß General Lamoricière nach Rom zurückkehren werde. Die Zahl der päpstlichen Truppen betrage im Ganzen 3500 Mann, und man könne deshalb nicht wohl annehmen, daß Lamoricière sich an ihre Spitze zu stellen Lust habe. Die „Patrie“ demotirt geradezu. — Graf Arrese schied sich zur Rückreise nach Turin an. Ritter Nigra wird sehr bald hier erwartet. — Eine Depesche aus Alexandria vom 6. meldet, daß der Bizkönig einen Brief voll Versicherung der tiefsten Ergebenheit an Sultan Abdul Aziz geschrieben habe. — Die Verhandlungen des Prozesses Mirès gingen heute zu Ende. An der Schlussreplik hat sich noch für seinen Klienten Hr. Mathieu betheiligigt. Der Gerichtshof hat die Sitzung auf nächsten Donnerstag zur Verurkundung des Urtheils vertagt. — 3proz. 67.75. Dst 570.

Paris, 9. Juli. Trod dem wiederholt versichert wurde, daß der Kaiser in Bichy sich nur mit Pflege seiner Gesundheit und mit dem Leben des Julius Cäsar befassen werde, erwartet das Publikum, welches täglich Gesandte, Minister, Marschälle und Diplomaten aus allen Enden der Welt nach dem Badefürstenthum wandern sieht, täglich neue Dinge von dort zu vernehmen. Als Beweis für die herrschende Gedankenlenkung theilt ich Ihnen mit, daß man auch W. Emanuel nach Bichy kommen läßt, wohin er sich, auf Anraten seines Schwiegersohns, aber ganz infognito, begeben soll, um dort das Werk zu beenden, welches Cavour in Plombières begann. Bis jetzt rechtfertigt Nichts ein solches Gerücht. — Man sagt, der Fürst Polignac werde, welches auch der Ausgang des Prozesses gegen seinen Schwiegervater (Mirès) sein wird, Frankreich verlassen und sein hiesiges Hotel, welches Fräulein Mirès ihm vor einem Jahr zubachte, verkaufen. Ob dies wirklich Absicht des Fürsten ist, weiß ich freilich nicht; gewiß aber ist so viel, daß man seit einigen Tagen ganz ungenirt äußerst thätig ist, Silber, kostbare Pendules, Vorhänge u. dgl. aus dem Hotel des Hrn. Mirès nach dem des Fürsten zu schaffen. — Gestern und vorgestern wurden hier, wie ich auf's bestimmteste weiß, zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, die man mit der Festnehmung eines Italieners in Marseille in Zusammenhang bringt. — Aus Fontainebleau erfahre ich nachträglich, daß der Kaiser den Bau einer neuen prachtvollen Gallerie, „der Gallerie Napoleon III.“, nach dem See und der Avenue Maintenon zu ordnete; ferner, daß am Jahrestage der Schlacht von Solferino zur Feier des Sieges großes Konzert im Pavillon de l'Étang, Feuerwerk und bengalische Beleuchtung des Sees stattfand, während alle auf dem Wasser befindlichen Nachen festlich mit bunten „venetianischen Laternen“ erleuchtet waren.

Spanien.
Madrid, 8. Juli. Die offizielle Zeitung schreibt: Die demokratisch-republikanische Partei in Loja hat in dem Augenblick die Flucht ergriffen und sich nach verschiedenen Richtungen hin zerstreut, als die königl. Truppen ihre Angriffsstellung einnahmen. Feldmarschall Don Luis Serrano del Castillo ist in die Stadt eingezogen und ließ sogleich durch einen Theil seiner Truppen die Insurgenten verfolgen, deren Flucht durch das unebene Terrain und eine steile Anhöhe, welche die Gegend beherrscht, sehr begünstigt wurde.

Madrid, 8. Juli. Hr. Mon soll nächstens nach Paris zurückkehren. Gestern hat er eine Audienz bei der Königin

gehabt. Fast alle Führer der Insurgenten von Loja sind festgenommen.

Amerika.

Neu-York, 22. Juni. Hr. Heder hat, als er vorgestern mit seinem Regiment von Chicago abzog, einen Tag's Befehl an die Mannschaft gerichtet, der also schließt:

Kameraden, wenn wir im Kampfgewühl uns umbertummeln, so laßt uns eingedenk sein der großen Sache, für die wir stehen, laßt uns nicht Gefangene machen, die dem heiligsten Versprechen zum Trost, doch gleich wieder in die Reihen der Hochverräther treten würden; nein, Kameraden, wir wollen keinen Pardon von den südlischen Feinden, aber wir geben auch keinen! Die südlische Aristokratie muß gebrochen werden, wenn die Freiheit gedeihen soll. Kameraden! Wer von Euch mich dieser Fahne den Rücken wenden sehen sollte, den fordere ich auf, mich zu tödten; wenn ich aber im ehestigen Kampfe fallen sollte, dann, Brüder, mögt Ihr mich rächen! Und so küsse ich denn hiermit diese Fahne, das heilige Eigenthum unseres Regiments!

Neu-York, 25. Juni. Folgende Einzelheiten entnehmen wir dem „Neu-York Herald“: Die Ohio- und Connecticutregimenter, die bei Balls Bluff Roads und Falls Church Road Vorpostendienste versehen (auf dem virginischen Ufer des Potomac) haben von den Kavallerieparties der Rebellen viel zu leiden. Sie greifen fortwährend die Posten an, und schießen jeden Einzelnen weg, der sich ins Freie wagt. Vor kurzem gelang es ihnen auch die Telegraphendrähte zu zerstören, welche die Vorposten der Unionisten mit dem Kriegsministerium verbinden, und von nun an müssen die genannten Regimenter Tag und Nacht unter Waffen stehen. — Die Operationen der unter General Lyons Kommando in Missouri stehenden Truppen nehmen täglich an Bedeutung zu, was aus den eiligen Bewegungen der Truppen beider Theile zu erkennen ist. Der nordwestliche Winkel des Staates scheint der Punkt zu sein, auf den beide Führer ihre ganze Energie konzentriren, und zwar vorerst, um die bei Grandby gelegenen Fleigruben mit ihren Maschinen zu besetzen. Es ist ein wahres Wettrennen, um diese zuerst zu erreichen. Harper's Ferry ist von den Sonderbündlern vollständig geräumt, ohne auffallender Weise bis jetzt von den Unionisten besetzt worden zu sein. Bei Martinsburg sollen die Rebellen 48 Lokomotiven nebst andern werthvollen Eigenthum der Baltimore- und Ohio-Eisenbahn-Gesellschaft verbrannt haben.

Eine Korrespondenz der „Neu-York Tribune“ meldet aus Washington, daß die Rebellen Friedensvorschlüge gemacht. Telegraphische Nachrichten widerlegen jedoch diese Gerüchte. Die Vanden von Milwaukee hatten einen Angriff vom Hübel auszuhalten und namhaften Schaden gelitten. Die Juaven wurden gegen den Hübel kommandirt, der sich sofort zerstreute. Es wurden etwa 50 Arrestirungen vorgenommen. Der Gouverneur ließ das Kriegsgesetz verkündigen und telegraphirte um Truppenverstärkungen.

Aus Washington schreibt man, General Beauregard habe jeden Gedanken an einen größeren Angriff aufgegeben und ein Guerrillasystem gegen die Unionstruppen empfohlen. Demzufolge haben seine untergebenen Offiziere die Weisung erhalten, die Vorposten der Bundesstruppen auf jede Weise zu beunruhigen und wo möglich in Hinterhalte zu locken.

Die „Chicago Times“ will aus verlässlicher Quelle erfahren haben, daß 4000 Rebellen aus Missouri von dem 80 Meilen unterhalb Cairo gelegenen Point Pleasant gegen Memphis aufgebrochen sind; dergleichen, daß viele Leute aus Missouri über den Arkansas gegangen sind, um nach Belleville vorzudringen.

Zufolge einer Angabe des Kriegsfekretärs, deren die Präsidentenbotschaft Erwähnung thun wird, haben sich bis jetzt in den loyal gebliebenen Staaten 225,000 Freiwillige gemeldet. In Baltimore zeigen sich, wie verlautet, neuerer Zeit abermals Trennungsgelüste und wurde zu verschiedenen Malen auf die Postdampfer gefeuert.

Der „New-York Herald“ will wissen, daß der Kongreß sich vor Allem mit folgenden Hauptfragen beschäftigen werde: 1) Genehmigung der Beschlüsse und Maßregeln des Präsidenten; 2) Autorisirung einer Anleihe im Betrage von 2—3 Mill. Doll.; 3) eine Akte zur energischen Fortführung des Krieges; 4) Modifikation des Zolltarifs; 5) ein neues Bankeretzgesetz; 6) eine Steuer auf Thee und Kaffee; 7) direkte Besteuerung, für den Fall, daß der Ertrag der Zölle nicht genügen sollte.

Die Wahlen in Kentucky sind bisher fast ganz zu Gunsten der Unionisten ausgefallen.

Washington, 25. Juli. Hier sind Nachrichten eingelaufen, wornach der Süden zu energischem Widerstande entschlossen ist. 34 Kentucky-Kompagnien sollen sich der Regierung angeboten haben. Oberst Stone ist in Harper's Ferry eingerückt und glaubt sich stark genug, es zu behaupten. Die Rebellen besetzen das Gerichtshaus zu Fairfax und fällen Bäume, um die Landstraßen unfahrbar zu machen. In mehreren Theilen von Georgia soll eine starke unionistische Stimmung herrschen, obgleich sie sich, Dank dem Terrorismus der Majorität, nicht zu äußern im Stande sei. Nach der New-York Evening Post werden Ben Wood, Kongreßmitglied für Stadt New-York, und Ballandigham aus Ohio in der bevorstehenden Session Resolutionsanträge auf Anerkennung des südlischen Staatenbundes stellen.

Vermischte Nachrichten.

Kottweil, 9. Juni. Gestern wurde die Frau des Steinbauers R. Hafner von Dillingen von dem Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurtheilt. Sie hatte ihren 2 Jahre alten Stiefsohn Karl durch Gift vorläufig getödtet.

Stuttgart, 7. Juli. (S. Z.) Das heurige Jahr hat es besonders auf die Finanzminister abgesehen. v. Herwegen, der beliebte bürgerliche, bis zu seinem Ende thätige, pensionirte Finanzminister, ist gestorben. Finanzminister v. Knapp Tod führte eine Hirnerweichung unerwartet schnell herbei, und nun ist letzten Sonntag der pensionirte Finanzminister v. Gärtner wahnsinnig geworden.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Fern. Kroenlein.

